

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/24

Bonn, den 3. Februar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Unhaltbare Praxis</u>	52

Der Bundestag und der Bundeshaushaltsplan 1966

Von Max Seidel, MdB

2	<u>Inflationisten</u>	26
---	-----------------------	----

Zum Abschluß der Etatberatungen in Nordrhein-Westfalen

2	Brasiliens Kriegsminister in Bonn	14
---	-----------------------------------	----

3 - 4	<u>Interessante Entwicklung</u>	60
-------	---------------------------------	----

Neue Aspekte in der Diskussion über die Bekenntnisschule

Von Dr. Heinz Kornetzki

5 - 6	<u>Erste deutsche Tageszeitung in der Sowjetunion</u>	88
-------	---	----

In Zelinograd erscheint die "Freundschaft" im Großformat

Von Rudolf Hornig

+ + +

Unhaltbare Praxis

Der Bundestag und der Bundeshaushaltsplan 1966

Von Max-Seidöl, MdB

Am 11. Februar 1966 wird der Bundesrat den Entwurf des Bundeshaushaltsplanes 1966 erstmalig beraten. Seitdem das Bundeskabinett den Entwurf am 5. Januar 1966 verabschiedete, verging kaum ein Tag, da nicht Einzelheiten des neuen Etats in der Tagespresse durchleuchtet werden. Die Abgeordneten des Bundestages haben aber noch keine Zeile aus der Drucksache "Bundeshaushaltsplan 1966" bisher erhalten.

Mit der öffentlichen Beratung des Bundeshaushalts im Bundesrat wird die zweite Runde der öffentlichen Diskussion fortgesetzt. Erst wenn die Bundesregierung ihre Stellungnahme zum Beratungsergebnis des Bundesrates erarbeitet hat, wird den Abgeordneten des Bundestages endlich der Entwurf des Bundeshaushaltsplanes 1966 zugeleitet. Seit dem Kabinetts-Beschluß über den Etat sind dann mehr als acht Wochen vergangen, bevor die Abgeordneten Einsicht in die Drucksache für die erste Lesung des Bundeshaushalts bekommen.

Wenn Anfang März der Bundestag die erste Lesung über den Haushalt 1966 vornehmen kann, ist durch die vorangegangene öffentliche Diskussion der Neuigkeitwert des Bundeshaushalts 1966 längst verkauft und verbraucht.

Diese Praxis um die Beratung des Bundeshaushalts ist leider nichts Neues. Alle Jahre wieder dieser unmögliche politische und parlamentarische Brauch. Oft beklagt und doch keine Änderung. Nun wäre Zeit und Gelegenheit dafür gegeben. Die Finanzreform steht vor der Tür. Die Änderung des Grundgesetzes ist unumgänglich. Dabei sollten zusätzlich jene Lösungen angestrebt werden, die dem Bundestag es ermöglichen, den Entwurf des Bundeshaushalts sofort nach Beschluß des Bundeskabinetts zu erhalten und die erste Lesung des Etats unmittelbar vorzunehmen.

Jetzt muß nach dem Grundgesetz Artikel 76 Absatz 2 die Bundesregierung den Haushaltsentwurf "zunächst" dem Bundesrat zuleiten. Ind gerade das mußte, soweit es den Bundeshaushalt betrifft, geändert werden. Ohne daß der Wert der Beratungen des Bundesrates zum Bundeshaushalt beeinträchtigt würde, könnte seine Stellungnahme mit der Antwort der Bundesregierung dem Bundestag in einer Sonderdrucksache nachgereicht werden. Die bisherige Praxis hat bewiesen, daß die Beratungsergebnisse des Bundesrates den Inhalt der ersten Lesung über den Bundesetat im Bundestag nicht wesentlich beeinflussen, sondern diese erst in den Ausschüßberatungen des Bundestages und in der zweiten und dritten Lesung des Plenums Gewicht erhalten.

Diese Reform-Überlegungen haben folgende Zielsetzung:

1. Das Bundeskabinett muß dem Bundestag vorrangig den Bundeshaushaltsplan vorlegen.
2. Die erste politische Aussage über den Bundeshaushaltsplan muß im Bundestag erfolgen.
3. Der bisherige "Leerlauf" von acht Wochen zwischen Verabschiedung des Etats durch das Kabinett bis zur ersten Lesung im Bundestag muß verschwinden.
4. Der Zeitgewinn kommt der Etatberatung in den Ausschüssen und der frühen Verabschiedung des Bundeshaushalts zugute.

Es ist der Sache und dem parlamentarischen Spiel einfach unangemessen, wenn weiter wie bisher der Bundeshaushalt jedes Jahr von allen Seiten wochenlang vorher beredet werden kann, ohne daß der Bundestag sein erstes Wort dazu gegeben hat.

Inflationisten

Zum Abschluß der Etatberatungen in Nordrhein-Westfalen

sp - Auf der CDU und der FDP, die zusammen im bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik, in Nordrhein-Westfalen, die Regierung stellen - noch stellen -, lastet der schwere und begründete Vorwurf, durch ihre Haushaltspolitik den Prozeß der Geldentwertung zu fördern. Die in diesem Sommer fälligen Landtagswahlen ließen beide Parteien die Grundsätze gesunder Finanzpolitik vergessen. Sie verschlossen sich den Sparvorschlägen der sozialdemokratischen Opposition und mißachteten die Empfehlungen der Gutachterkommission, die von einer Erhöhung des Landesetats um sechs Prozent ausgingen. Die Zuwachsrate beträgt nun im Vergleich zum letzten Haushaltsjahr acht Prozent, also zwei Prozent mehr, was bei einem Haushalt von über zehn Milliarden DM schon zu Buche schlägt. Es verstärkt die inflationären Tendenzen.

Die Sozialdemokraten bewiesen durch ihre Sparvorschläge Mut zur Unpopulärtheit; sie nahmen die Mißbilligung von Interessentengruppen in Kauf und sie boten der Regierung Meyers die einmalige Chance, zu beweisen, wie ernst sie die Gefahr der schleichenden Geldentwertung nimmt. CDU und FDP gingen angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes in die Knie, sie unterlagen dem Druck von Interessentengruppen, sie hatten nicht das Wohl des Ganzen im Auge und verständigten sich gegen die Grundsätze gesunder Finanzpolitik. Denn für die Deckung des Haushaltes sind Anleihen von über einer Milliarde DM auf dem ohnehin schwer angeschlagenen und wenig ergiebigen Kapitalmarkt vorgesehen. Die Regierung Meyers, mißachtend die Zeichen unserer Zeit, will also auf Pump leben in der Erwartung, durch die Wähler honoriert zu werden. Ob diese Rechnung aufgeht? In Sachen Geldentwertung reagiert der Bundesbürger empfindlich.

+ + +

Brasilien's Kriegsminister in Bonn

sp - Zu unserem am 18. Januar 1966 veröffentlichten Korrespondentenbericht über den Besuch des brasilianischen Kriegsministers General Costa e Silva in der Bundesrepublik erfahren wir, daß es sich nicht um eine Reise handelt, auf der der General politische Erklärungen in bezug auf innerpolitische Verhältnisse in Brasilien abzugeben gedenkt. Die Reise hatte ursprünglich nur das Ziel, die brasilianischen Truppen in Nahost zu besuchen, die dort als Teil der UNO-Truppen in Ghaza stationiert sind. Die Einladungen in europäische Hauptstädte erfolgten im Zusammenhang mit dieser Reise; die Einladung nach Bonn ging von der Bundesregierung aus und dient der Festigung der guten deutsch-brasilianischen Beziehungen. Der Minister hat bisher London, Paris und Lissabon besucht. Er fand dort starkes Interesse, weil er als möglicher Präsidentschaftskandidat gilt.

+ + +

Interessante Entwicklung

Neue Aspekte in der Diskussion über die Bekenntnisschule

Von Dr. Heinz Kornetzki

In der Diskussion um die Bekenntnisschule haben sich dieser Tage völlig neue Aspekte entfächert. Doch zunächst einige Vorbemerkungen: Seit Eddesberg bejaht die SPD ausdrücklich das Elternrecht.

- * "Die Sozialdemokratische Partei respektiert die Entscheidung
- * der Eltern, die einer durch ihren Glauben oder ihre Weltanschau-
- * ung besonders bestimmten Erziehung den Vorrang geben".

heißt es in den am 2. Juli 1964 in Berlin angenommenen "Bildungspolitischen Leitsätzen". Weil die SPD aber darüber hinaus der Gemeinschaftsschule ("in welcher der dem religiösen Bekenntnis der Kinder entsprechende Religionsunterricht gewährleistet ist") "aus staatspolitischen und pädagogischen Gründen" den Vorzug gibt, ist ihr in den letzten Wahlkämpfen eine Gegnerschaft zur Konfessionschule unterstellt worden. Noch in dem 1965 erschienenen Sammelband zum Thema "Katholizismus und freiheitlicher Sozialismus in Europa" (Verlag Bachem, Köln) wird behauptet, daß die Kontroverse um die Bekenntnisschule im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen SPD und Katholizismus stehe.

Jetzt regen sich selbst bei Katholiken Meinungen, - ja sogar bei der CDU - die zwar nicht das Elternrecht, wohl aber die Bekenntnisschule in Frage stellen. So erhob dieser Tage der Professor an der katholischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt, der Jesuit Karl Erlinghagen, Zweifel darüber, ob es in zwanzig Jahren in Deutschland noch Konfessionsschulen gäbe. Erlinghagen, katholische Autorität in Bildungsfragen, forderte dazu auf, die Situation der katholischen Konfessionsschulen zu überdenken. Es gehe nicht nur um die katholischen Schüler, sondern vor allem im Blick auf die überall entstehenden Mittelpunktschulen - auch um die evangelischen Kinder. In b e i d e n Konfessionen müsse Kompromißbereitschaft wachsen, um niemanden in der Ausbildung zu benachteiligen.

So Erlinghagen, der sich bereits mit seiner Forderung einer Reform der Landschule (in einem Artikel in den "Stimmen der Zeit" im April 1964)

P/XXI/23

den Zorn einiger anderer Katholiken zugezogen hatte. Erlinghagen:

- * Eine Konservierung alter und daher liebgewonnener Traditionen
- * wäre fehl am Platze, wenn dadurch nur die bisherige Lethargie
- * erhalten bliebe. Eine sinnvolle Reform der Landschule verdient
- * daher von katholischer Seite erhöhte Aufmerksamkeit".

Aber auch in der CDU regt sich ökumenisches Denken. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion von Rheinland-Pfalz, K o h l, erklärte kürzlich, daß das Eintreten der CDU für das Elternrecht nicht gleichbedeutend sei mit der Forderung nach der christlichen Konfessionsschule. Die CDU dürfe dazu keine Empfehlungen geben. Das sei eine Frage, die sich jedem einzelnen stelle. Hier wurden eigentlich - räumt man Erlinghagens Gedanken hinzu - nichts anderes als die "Bildungspolitischen Leitsätze" der SPD ausgesprochen. Absolute Bejahung des Elternrechts, Zurückhaltung gegenüber der Konfessionsschule.

Der konservative Katholizismus ist in eine prekäre Lage geraten. Wäre er konsequent, müßte er die Katholiken dazu auffordern, auch der CDU bei künftigen Wahlen die Stimme zu verweigern. In der "Neuen Bildpost", dem Blatt des deutschen Steinzeit-Katholizismus, sind solche Tendenzen bereits spürbar. In einer Meditation über "die Situation in der CDU" verbreitet die Zeitung, daß die innere Situation der CDU verschärft werde durch eine "wachsende Skepsis der katholischen CDU-Wählerschaft", die sich immer mehr von einer "preußisch-protestantisch-liberal-nationalreaktionären Fronde in der CDU" herausgefordert sehe. Und fundamental-interessant die Bildpost-Frage: "Rutscht die CDU (im Gegensatz zur CSU) nicht immer mehr von ihrem politischen und weltanschaulichen Fundament auf den schlüpfrigen Boden der wertfreien und von reiner Nützlichkeit bestimmten Macht-Technik?".

Deutlicher können die personalpolitischen Vorstellungen der katholischen Traditionalisten in der Bundesrepublik nicht geäußert werden.

+ + +

Erste deutsche Tageszeitung in der Sowjetunion

In Zelinograd erscheint die "Freundschaft" im Großformat

Von Rudolf Hornig

Seit Anfang Januar wird in Zelinograd, der Hauptstadt der Neulandregion in der Sowjetrepublik Kasachstan, die erste deutsche Tageszeitung in der Sowjetunion unter dem Titel "Freundschaft" herausgegeben. Die Zeitung erscheint siebenspaltig im Großformat des "Sozialistik Kasachstan", des Organs des ZK der KP-Kasachstan, von dem sie herausgegeben wird. Sobald in Alma Ata, der Hauptstadt von Kasachstan, geeignete große Räumlichkeiten für die Redaktion und Wohnungen für deren Mitarbeiter beschafft werden können, wird die deutsche Zeitung nach Alma Ata übersiedeln. "Freundschaft" erscheint fünfmal wöchentlich.

Viele Sowjetdeutsche in Kasachstan

Für die Herausgabe der Zeitung in Kasachstan war offenbar die Tatsache maßgebend, daß weit mehr als eine halbe Million der etwa 1,8 Millionen Sowjetdeutschen in dieser südwestsibirischen Sowjetrepublik wohnen, wo sie, wie im ersten Leitartikel der "Freundschaft" hervorgehoben wurde, "eine gute, eine wahre, eine fürsorgliche Heimat" gefunden hätten. Diesen Leitartikel schrieb der Chefredakteur der Zeitung, der Kalbrusse Alexej Schmeljow, dessen gutes Deutsch daher rührt, daß er es von seiner deutschen Mutter von Kindheit an gelernt hat. In Kasachstan gibt es eine Reihe sowjetdeutscher Siedlungsgebiete, wie das Steinkohlengebiet von Karanganda, das Altaigebiet im nahen und weiten Umkreis von Alma Ata, gewisse Teile der Neulandregion mit Zelinograd und dann das Gebiet von Ostkasachstan bis nach Mittelsibirien. Der Sender von Alma Ata hat seit längerer Zeit deutsche Programmstunden. Die Moskauer Wochenschrift für die sowjetdeutsche Bevölkerung, "Neues Leben", unterhielt in Kasachstan einige Gebietsredaktionen, doch vermochte sie offenbar das Informationsbedürfnis der dortigen Sowjetdeutschen nicht zu befriedigen.

Interessante Redaktion

Neben dem Chefredakteur Alexej Schmeljow gibt es einen Chef vom Dienst in der Person des deutschen Hochschullehrers Öhlschmidt, der aus Grosny im Nordkavkasus nach Zelinograd geholt wurde. Zwei bekannte sowjetdeutsche Erzähler gehören der Redaktion an: Dominik Hollmann und Ernst Kortschak. Dominik Hollmann hat soeben den ersten Preis des Literaturpreiss Ausschreibens 1965 von "Neues Leben" erhalten, dessen ständiger Mitarbeiter er gleich Kortschak seit Jahren ist. Zu den erfahrenen Journalisten in der Redaktion gehört Robert Pertz, der in Engels, der Hauptstadt der von Stalin liquidierten Republik der Wolgadeutschen, als Chefstellvertreter an der dortigen deutschen Zeitung "Nachrichten" tätig war, bis ihn der Liquidationsukas Stalins nach Sibirien verschlug. "Neues Leben" schrieb über ihn: "An ihm können sich wohl noch viele ältere Leute

erinnern. Ohne Zweifel lebt ein großer Teil der ehemaligen Wolga-deutschen, soweit sie überlebten, in Kasachstan. Pretzer leitet bei der "Freundschaft" die Rubrik Propaganda und Parteileben. Als weitere Redaktionsmitglieder werden genannt: Reinhold Keil (Übersetzerabteilung), Heinrich Ediger (Briefredaktion) und Rudolf Jacquemin (literarische Bearbeitung der Texte), der als sowjetdeutscher Lyriker einen Namen hat und aus Kaliningrad (Königsberg) nach Zelinograd geholt wurde, um beim Start der neuen Zeitung behilflich zu sein. Die genannten Redaktionsmitglieder sind den kasachstaner Sowjetdeutschen als Mitarbeiter von "Neues Leben" und anderer sowjetdeutscher Publikationen bekannt. Karl Wenz, der die Wirtschaftsabteilung leitet, hat gleichfalls für "Neues Leben" gearbeitet, wie auch viele der Übrigen zum Teil sehr jungen Mitglieder der Redaktion als Sonderkorrespondenten für "Neues Leben" tätig waren. Das Redaktionskollektiv der "Freundschaft" will auch kollektiver Korrespondent von "Neues Leben" bleiben, dem wegen des Erscheinens in Moskau (in Haus der "Prawda") eine besondere Bedeutung zukommt.

"Freundschaft" wenige Stunden nach Erscheinen ausverkauft

Etwas neidvoll berichtet "Neues Leben", daß die neue Tageszeitung vom ersten Tag ihres Erscheinens in Zelinograd binnen weniger Stunden ausverkauft war und daß es in allen Verkaufsstellen stets wegen der Zeitung einen großen Wirbel gegeben hat. Auch in den anderen Städten von Kasachstan, wo Deutsche wohnen, ging die Zeitung nach ihrem Eintreffen sofort reißend weg und hat bisher ihre große Anziehungskraft nicht verloren. Dazu mag beitragen, daß sie auch große Bilder bringt und daß sie viele Auslandsnachrichten veröffentlicht. Die üblichen Erfolgsberichte sowjetischer Zeitungen über große Leistungen von Bestarbeitern oder Kollektiven in Kolchosen und Betrieben sind in der "Freundschaft" lockerer und interessanter geschrieben und sicherlich auch stark redigiert. Das große Interesse der Leser zeigt sich auch darin, daß bei der Redaktion ständig viele Briefe einlaufen und die Leser es begrüßen, daß es endlich eine deutsche Tageszeitung in der Sowjetunion gibt.

Aus der soeben veröffentlichten Liste der besten Werber von neuen Lesern für "Neues Leben" kann man ersehen, daß es in Kasachstan tatsächlich sehr viele Sowjetdeutsche geben muß, so daß ihre Zahl die bisherige Annahme von mehr als einer halben Million unter Umständen sehr weit übertreffen kann. Denn auch in Kasachstan scheint sich wie in anderen Gebieten der Sowjetunion die Zahl der Sowjetdeutschen schon deshalb oft sprunghaft zu erhöhen, weil es nicht mehr mit Gefahren verbunden ist, sich öffentlich zur deutschen Muttersprache zu bekennen. Als bester Werber für "Neues Leben" wurde Woldemar Herdt aus Salawat in Baschkirien genannt, der 380 neue Leser für '66 geworben hat. Der zweite Sieger des Wettbewerbes, R. Wagner, wohnt in Zelinograd und hat 291 neue Leser geworben. Neben ihm sind noch weitere neun Werber unter den 21 mit Preisen bedachten aus Kasachstan.